

## DKP zur aktuellen Krankenhausgesetzgebung

Seite 2

## Das Gedenken an damals handelt von heute

Seite 3

## Unser Geld für Aufrüstung? Mir gäbet nix!

Seite 4

## T-Systems: Kapitalismus wie er leibt und lebt!

**Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!**

Zunächst die Fakten: T-Systems will bis Ende 2020 zwischen knapp 3800 und 6000 Arbeitsplätze abbauen. Vom Stellenabbau betroffen sind auch die Standorte in Bad Cannstatt und Leinfelden-Echterdingen. Zusätzlich sollen zahlreiche Standorte geschlossen werden – auch der Standort Bad Cannstatt steht auf der Kippe. Zudem soll das Unternehmen in ein knappes Dutzend sogenannter Portfolio Units (PU), die jeweils für Gewinn und Verlust verantwortlich sein sollen, aufgeteilt werden.

Anhand des Beispiels T-Systems lassen sich einige Mechanismen des Kapitalismus gut beobachten.

Es wird dort produziert, wo Arbeitskraft am günstigsten eingekauft werden kann. Bei T-Systems bedeutet dies, dass Arbeit z.B. an Offshore-Standorte wie Indien verlagert werden soll.

### Einsparungen beim Personal ...

Die Personalkosten werden auf zwei Arten gedrückt: 1. Indem die Arbeit verdichtet, die gleiche Arbeit also von immer weniger KollegInnen erledigt wird. 2. Indem die Löhne und Gehälter real sinken.

Bei T-Systems waren alle Tarifabschlüsse der letzten Jahre unterhalb der Inflationsrate. Es zählen nur kurzfristige, möglichst hohe Profite für die Eigentümer. Investitionen in Mitarbeiter und eine strategische Personalentwicklung finden

nur in äußerst geringem Maße statt. Wenn Beschäftigte nicht mehr benötigt werden, weil die Arbeit verlagert wurde oder der Automatisierung zum Opfer gefallen ist, oder die spezifischen Kenntnisse von KollegInnen nicht mehr gefragt sind, versucht man sie loszuwerden.

### ... und Schließung unprofitabler Bereiche

Wenn ein Bereich nicht mehr die gewünschten Profite abwirft, wird er dichtgemacht oder verscherbelt. Die Beschäftigten bleiben auf der Strecke.

Noch schlimmer: Mit den Einsparungen durch Personalabbau werden Umstrukturierungen im Hauruckverfahren finanziert, weil gut bezahlte Topmanager verpasst haben, rechtzeitig die Weichen zu stellen, um auf neue Entwicklungen zu reagieren.

Die Kosten und Risiken dieser Unternehmenspolitik tragen die KollegInnen, die Profite streichen die Eigentümer ein. Dies ist zwar die Kapitalverwertungslogik, aber keinesfalls ein ewig gültiges Naturgesetz. Bleibt also nur die Option, uns aus dem Elend Kapitalismus selbst zu erlösen!



## Rote Fahne auf dem Wilhelmispalais

### 100 Jahre Novemberrevolution

Achtstundentag, Betriebsräte, allgemeines und Frauenwahlrecht sind Errungenschaften von 1918.

Am Ende des Ersten Weltkriegs war eine Bevölkerungsmehrheit des Gemetzels und Hungerns für Kaiser, Adel und Kapital müde. Die Mehrheit der Arbeiter wollte den Sozialismus!

### Revolution in Stuttgart ...

Am 4. November marschierte die Daimler-Belegschaft - geführt von Spartakisten - von Untertürkheim zusammen mit den Soldaten der Raitelsberg-Kaserne zum Innenministerium, um die Forderungen der Revolutionäre zu präsentieren. Boschler von Feuerbach, Arbeiter aus anderen Betrieben und Soldaten der Rotebühlkaserne schlossen sich an.

Der rasch gebildete Arbeiter- und Soldatenrat wählte den jungen Spartakisten Fritz Rück zum Vorsitzenden. Überall sonst im Reich herrschte noch Ruhe.

### ... und in ganz Deutschland

Am 9. November brach die Revolution reichsweit aus. Aber eine gut organisierte und klare Führung fehlte: Die KPD wurde erst zum Jahreswechsel 1918/19 gegründet! Die rechte SPD-Führung genoss immer noch das Vertrauen der Arbeitermehrheit, war in Worten für den Sozialismus, aber kungelte mit der kaiserlichen Generalität und den Unternehmerverbänden; sie ließ rechtsradikale Freiwilligen-Verbände („Freikorps“) schwer bewaffnen, um die Revolution niederzuschießen. Am 15. Januar 1919 wurden auf Geheiß von SPD-Minister Noske Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet. Auch in Stuttgart gab es Tote.

Da die USPD zerstritten war, kam es zur Selbstaflösung der Arbeiter- und Soldatenräte!

Fortsetzung Seite 2

# DKP zur aktuellen Krankenhausgesetzgebung

## „Soll ist voll“

Am 23. Oktober wiesen Beschäftigte mit Aktionen in den Krankenhäusern bundesweit darauf hin, dass in den Krankenhäusern zwischen dem 23. Oktober und dem 31. Dezember nur deshalb die Versorgung der Patienten sichergestellt ist, weil Pflegekräfte Überstunden machen, über ihre Grenzen gehen und ihre eigene Gesundheit ruinieren.

„Das Pflegepersonalstärkungsgesetz und die Untergrenzenverordnung sind ein klarer Angriff auf die Pflegenden und Patienten in den Krankenhäusern. Und das auch noch unter dem dreisten Deckmantel, für diese Bereiche Verbesserungen

ne der Gesundheitskonzerne sichern will. Die Festlegung von Personal-Untergrenzen nur für die Bereiche Intensivmedizin, Geriatrie, Unfallchirurgie und Kardiologie, die insgesamt deutlich weniger Personal festschreiben, als jetzt schon auf den Stationen vorhanden ist, spricht die gleiche Sprache, vor allem, weil selbst diese Untergrenzen so geplant sind, dass sie von den Geschäftsführungen der Kliniken gut umgangen werden können, stellt man bei der DKP fest. Vor diesem Hintergrund muss der Kampf um mehr Personal in den Kliniken weitergehen. Neben Aktionstagen und öffentlicher Empörung braucht es vor allem weitere

Belegschaften, die für die Forderung nach mehr Personal auch in den Arbeitskämpfen gehen, wie jüngst an den Unikliniken Düsseldorf, Essen und Homburg. Wirkliche Eingriffe in die



herstellen zu wollen.“, fasst Patrick Köbele, Vorsitzender der DKP, in einer Presseerklärung vom 8.10. die aktuelle Politik des Gesundheitsministers Spahn zusammen. „Der Aktionstag von ver.di war ein Teil der notwendigen Aktivitäten, den Missstand in den Krankenhäusern zu verändern.“

Als Gradmesser für den notwendigen Personalbedarf, die aktuelle Personalausstattung der 25 Prozent deutscher Krankenhäuser mit der schlechtesten Personalsituation festzulegen, zeigt, dass die Bundesregierung weiterhin primär die Gewinn-

unternehmerische Freiheit und mehr Personal hat es bisher nur an den Kliniken gegeben, an denen Belegschaften dafür in den Streik getreten sind.

„Diese Kämpfe gilt es fortzuführen, aber auch, sie zusammen zu führen mit weiteren Auseinandersetzungen, die z.B. in der Altenpflege und im Sozial- und Erziehungsdienst anstehen. Die grundlegende Frage wird sein, wie viel dieser Gesellschaft Gesundheit und das Soziale wert sind. Aus Sicht der DKP werden deshalb für den Krankenhausbereich langfristige Verbesserungen nur möglich sein, wenn die Unterwerfung der Versorgungsqualität unter die Ökonomie zurückgedreht wird und das DRG-Fallpauschalensystem ersetzt wird durch eine bedarfsorientierte Kostendeckung in der Versorgung. Die Deutsche Kommunistische Partei wird diese Kämpfe jederzeit unterstützen!“, so Köbele abschließend.



## Dieser Opportunismus stinkt zum Himmel!

Wenn die Betriebsräte der Automobilkonzerne sich gegen eine Benachteiligung deutscher Hersteller bei der Hardware-Nachrüstung von Diesel-PKW und damit evtl. einhergehende Wettbewerbsverzerrungen aussprechen, muss man sich wirklich die Nase zuhalten. Wer hat denn den Wettbewerb durch Schummel-Software verzerrt? Das war irgendwie anders gemeint am Ende der Novemberrevolution, als Betriebsräte zum ersten Mal institutionalisiert wurden - eher als revolutionäre Interessenvertretung der Beschäftigten und nicht als Bündnispartner des Kapitals!

## Lehren der Revolution

So war die Novemberrevolution als sozialistische gescheitert, aber auch als bürgerlich-demokratische blieb sie auf halber Strecke stecken: Kaiser und Fürsten mussten abdanken, aber der kaiserliche Staatsapparat blieb intakt. Die „Freikorps“ bildeten später das militärische Rückgrat des Hitlerfaschismus. So rächte sich auch für Sozialdemokraten der doppelte Verrat ihrer Führung!

Jeder halben Revolution folgt eben eine ganze Konterrevolution.

## KULTURVERANSTALTUNG ZUM 100. JAHRESTAG DER NOVEMBERREVOLUTION



Die DKP Stuttgart lädt ein zu:

**Ja damals, November '18 - Lieder, Gedichte, Prosa, Szenen über die deutsche Revolution**  
Mit Erich Schaffner

**Samstag, 17. November · 19:30 Uhr**  
Altes Feuerwehrhaus

Zuvor findet um 17:30 Uhr eine Kundgebung auf dem Marienplatz mit anschließender Demonstration statt.

Vor der Kulturveranstaltung findet **um 17:30 Uhr eine Kundgebung auf dem Marienplatz** statt mit Redebeiträgen von Björn Blach (Bezirksvorsitzender der DKP), Cuno Brune-Hägele (Geschäftsführer ver.di Bezirk Stuttgart) und André Kaufmann (Initiative Klassenkampf Stuttgart).

Der 100. Jahrestag der Novemberrevolution ist auch Thema einer weiteren Veranstaltung der DKP mit der Referentin **Beate Landefeld am Samstag, 10. November, um 18:30 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Straße 105, Stuttgart.**

# Das Gedenken an damals handelt von heute

Am 9. November jährt sich die Reichspogromnacht zum 80. Mal und in Deutschland hindert das historische Kurzzeitgedächtnis „besorgte Bürger“, Pegidas und AfD-Anhänger nicht daran, mit Neonazis Arm in Arm auf die Straße zu gehen. Der durch Falschmeldungen in den sogenannten sozialen Medien begleitete Todesfall des Deutsch-Kubanners Daniel H. wurde in Chemnitz vom rechten Mob zum Ausleben längst schwelender Feindseligkeiten gegen Migranten missbraucht. Gaulands Verbrechensdefinition scheint moralisch von Nationalität und dem Status mit oder ohne Aufenthaltserlaubnis abzuhängen. Die AfD wandert als bürgerliche Partei verkleidet neben offenen Neonazis her, um hinterher zu erklären, dass man mit diesen nichts zu tun haben wolle. Die Haarspaltereien um die „Minderheit“ der hetzenden und den Hitlergruß zeigenden Nazis innerhalb der „demonstrierenden“ Bürger lenken von einer brandgefährlichen Entwicklung zum alten heimatümelnden völkischen Blut- und Boden-Denken als allgemeine Entwicklung in Deutschland ab. Das Gleiche gilt für den abgesetzten "Verfassungsschutz"-Präsidenten Maaßen, der das eindeutig die Hetzjagd dokumentierende Handy-Video als Fake abtat. Die zunehmende Hetzatmosfera wurde von der im Bundestag vertretenen AfD ins Parlament hineingetragen und von den sogenannten Volksparteien dankbar aufgenommen. Die

Annäherung an fremdenfeindliche Positionen reicht mittlerweile bis in Kreise der Grünen und der Linkspartei. Dies zeigt, dass das Gedenken an vergangene Greuelthaten notwendiger denn je ist, um rechtes Gedankengut erfolgreich bekämpfen zu können.

Dass die AfD bei der bayrischen Landtagswahl gerade mal auf 10,2% gekommen ist, wengleich sie damit immer noch vor der SPD liegt (9,7%), ist im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt eher verwunderlich. Bundesweit liegt die AfD durchschnittlich bei 16% und damit je nach Wahlforschungsinstitut zwei oder drei Prozent vor der SPD.

## „Partei der kleinen Leute“?

Die AfD als selbsternannte „Partei der kleinen Leute“ wird von Makroökonomien, hochbezahlten Akademikern, Journalisten teils völkischer Zeitungen, Unternehmensberatern (wie der ehemals für Goldman Sachs und Allianz Global Investors tätigen Alice Weidel) und angeheirateten Adligen (Beatrix von Storch) geführt. Hans-Olaf Henkel war von 1995 bis 2000 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Die AfD weiß das Großkapital hinter sich und verfolgt mit Konzentration auf das Kleinbürgertum einen aggressiven neoliberalen Kurs, der den Weg zu einem neuen Faschismus ebnen könnte. Die Demontage des Sozialstaats wird den Geflüchteten in die Schuhe geschoben, die

größtenteils selbst Opfer imperialistischer Kriege sind.

Alice Weidel beklagte am 12.9.2018 im Bundestag die Unerreichbarkeit der Erhöhung des Kriegsetats zur Aufrüstung der NATO auf 2% und den allgemein beweihten Zustand der Bundeswehr. Obwohl diese von der AfD befürwortete Aufrüstung Teil der imperialistisch und ökonomisch motivierten Aggression gegen Russland ist, gab Alexander Gauland am selben Tag zu bedenken, dass bei einem Einsatz in Syrien „die Bundeswehr [...] in Kampfhandlungen mit russischen Streitkräften verwickelt werden“ könnte. Die Ablehnung von Auslandseinsätzen durch die AfD resultiert nicht aus humanitären Gründen, sondern aus Zweifeln an der derzeitigen militärischen Fähigkeit der Bundeswehr.

Insgesamt beschleunigt und verschärft die AfD als vermeintliche Oppositionspartei den neoliberalen und imperialistischen Kurs, der von den maßgeblichen „bürgerlichen Parteien“ seit Jahrzehnten verfolgt wird.

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.  
DKP Stuttgart, Spendenkonto:  
IBAN: DE03600501010002078906  
BIC: SOLADEST600

**UZ** UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP

*Rote Fahnen  
sieht man besser!*

**Jetzt 4 Wochen  
kostenlos  
probelesen!**

Name

Vorname

PLZ / Ort / Straße Nr.

E-Mail

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

# Unser Geld für Aufrüstung und Krieg? Mir gäbet nix!

Geht es nach der Nato, dann sollen die Rüstungsausgaben der BRD in den nächsten zehn Jahren auf knapp 80 Mrd. Euro verdoppelt werden. Das bedeutet: Rein statistisch zahlt jeder, ob Säugling oder Greis, ca. 1000 Euro jährlich. Auf die über 600 000 Stuttgarter EinwohnerInnen kämen jährlich insgesamt 600 Millionen Euro für Aufrüstung und Krieg.

## Rüstungsstufenplan gegen Russland

Das offiziell noch geheim gehaltene neue „Fähigkeitsprofil“ sieht einen dreistufigen Umbau der Bundeswehr vor. Bis 2031

sollen alle Teilstreitkräfte für einen Krieg mit Russland gerüstet sein: Drei Divisionen (Heer), vier gemischte Einsatzverbände (Luftwaffe), 25 Kampfschiffe (davon elf Fregatten) und acht U-Boote (Marine) sowie Kapazitäten zur Erlangung der Hoheit im Informationsraum (Cyberkommando) will die Bundeswehr bis dahin am Start haben (Quelle UZ 28.9.18 „Neuer Kalter Krieg“ von Jürgen Wagner). Ein Krieg gegen Russland wäre unweigerlich ein Dritter Weltkrieg. Stuttgart mit Eucom und Africom wäre Ziel-

scheibe Nummer 1. Was können wir tun? Die beste Möglichkeit, diese Kriegsvorbereitungen zu stoppen, ist den Kriegstreibern den Geldhahn zuzudrehen!

Über 100 000 Unterschriften für „Abrüsten statt Aufrüsten!“ sind bereits gesammelt ([www.abruesten.jetzt](http://www.abruesten.jetzt)). Helfen wir mit, dass diese Kampagne dazu beiträgt, eine starke Friedensbewegung auf die Füße zu stellen. Ein Motto könnte dabei sein: Unsere Millionen bekommen sie nicht, die werden für Krankenhäuser, Wohnungsbau und Schulen gebraucht!

## GEDENKVERANSTALTUNG IN CANNSTATT ZUR POGROMNACHT 1938

Freitag, 9. November 2018 ab 18.00 Uhr am Platz der ehemaligen Cannstatter Synagoge  
König-Karl-Straße 45/47 – U-Bahn Haltestelle Cannstatt Wilhelmsplatz

Mit Reden von:

**Ulrich Kadelbach** (evang. Pfarrer i.R.),

**Silvia Gingold** (Tochter des jüdischen Widerstandskämpfers Peter Gingold),

**VertreterIn des Antifaschistischen Aktionsbündnis Stuttgart und Region (AABS)**

Moderation: **Joe Bauer** (Autor und Betreiber des Flaneursalons)

Kulturprogramm: **Freier Chor Stuttgart** mit antifaschistischen Liedern

**Anschließend ab 19 Uhr** im Verwaltungsgebäude des Bezirksrathauses (Marktplatz 10 in Cannstatt):

**Filmvorführung „Zeit für Zeugen - eine Hommage an Ettie und Peter Gingold“**

Sylvia Gingold liest aus dem Buch ihres Vaters „Paris - Boulevard St. Martin No. 11: Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik“

### Einladung zu den Treffen der DKP

#### **Gruppe Nord:**

Di. 06.11.2018, Di. 20.11.2018,

und Di. 04.12.2018

19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach,  
1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI,  
Eingang Roserplatz  
(Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

#### **Gruppe Cannstatt:**

Di. 13.11.2018 und Di. 11.12.2018,

19.00 Uhr, Gaststätte Äquator,  
Kreuznacher Str. 57, Cannstatt  
(Nähe Wilhelmsplatz)

#### **Gruppe Süd:**

Zu erreichen über:

[sued@dkp-stuttgart.org](mailto:sued@dkp-stuttgart.org)

## 100 Jahre Novemberrevolution in Deutschland



Die erst gewonnene und dann verspielte Macht des Volkes ...

Wer hat was falsch gemacht?

Aus den Erfahrungen lernen für den nächsten Anlauf!

Veranstaltung der **DKP** mit **Beate Landefeld**

am **Samstag, 10.11.** um **18.30 Uhr**

im Linken Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105